

Demokratie

Wir feiern in diesem Jahr den 60. Geburtstag unseres Grundgesetzes. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hatten an der Entstehung des Grundgesetzes einen erheblichen Anteil. Wir haben uns für unsere Demokratie fortwährend stark gemacht. Mit der Föderalismusreform I haben wir die Kompetenzen von Bund und Ländern entwirrt und für die Bürger transparenter gestaltet.

Die Union ist gegen jede Form direkter Demokratie und hat sich der Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden versperrt. CDU/CSU hat zu verantworten, dass die Bundestagswahl 2009 auf der Grundlage verfassungswidriger Normen stattfindet: Sie hat sich einer Änderung des Wahlrechts trotz Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verweigert.

Unser Ziel: Für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger, die seit sechs Jahren in Deutschland leben, wollen wir das kommunale Wahlrecht durchsetzen. Wir wollen Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene ermöglichen. Wir wollen die Mitbestimmung als einen ebenso wichtigen Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft wie die Tarifautonomie in Deutschland und Europa weiter vorantreiben.

Kampf gegen Rechtsextremismus

Wir betrachten den Kampf gegen Rechtsextremismus als eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesellschaft. Wir haben den Einsatz gegen Rechtsextremismus mit dem Nachfolgeprogramm „XENOS - Integration und Vielfalt“ für den Zeitraum 2008 bis 2013 verstetigt. Die Große Koalition hat in dieser Legislaturperiode weitere unter Rot-Grün initiierten Programme gegen Rechtsextremismus fortgeführt und auf das Bundesgebiet ausgeweitet. 2007 ist auch das Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ angelaufen.

Die Union hat kein Interesse an der Bekämpfung des Rechtsextremismus gezeigt. Großspurige Ankündigungen der Union im Kampf gegen den Rechtsextremismus finden keinen Niederschlag in Beschlüssen. Die Union spielt Rechts- gegen Linksextremismus aus, indem sie Programme entsprechend erweitert und somit schwächt. Darüber hinaus hat das Bundesinnenministerium trotz wiederholter Aufforderungen und Bitten bislang keine schriftliche Stellungnahme oder Auswertung des Materials über die NPD in den Ländern vorgelegt. Die Union verhindert mit dieser Haltung eine ernsthafte Diskussion über ein NPD-Verbot.

Unser Ziel: Wir verstehen Rechtsextremismus-Prävention nicht als Projekt, sondern als institutionalisierte Arbeit. Wir wollen daher die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verstetigen. Wir werden die Bundesprogramme für den Kampf gegen Rechts in der nächsten Legislaturperiode in eine Bundesstiftung überführen, um so die notwendige Arbeit der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Projekte und Initiativen zu bündeln. Wir wollen das NPD-Verbot.

Toleranz und Fairness

Sport hat eine herausragende gesellschaftspolitische Bedeutung. Sport ist Teil eines gesunden Lebensstils und ein bewährtes Instrument u.a. in der Integrations- und Bildungsarbeit. Mit unseren Initiativen wurden und werden weitere Verbesserungen für den Breiten- und Spitzensport erreicht. Wir haben unsere Forderung nach der Aufnahme des Sports als Staatsziel in das Grundgesetz durch einen Beschluss der Fraktion Nachdruck verliehen. Leider sind unsere Bemühungen bisher am Koalitionspartner gescheitert. Die Dopingbekämpfung haben wir konsequent voran getrieben und dazu ein Gesetz verabschiedet. Eine Einigung auf eine generelle Strafbarkeit des Besitzes scheiterte am Widerstand der Unionsfraktion. Wir haben eine deutliche Erhöhung der Bundesmittel für den Spitzensport erreicht – das gilt selbstverständlich auch für den Sport der Menschen mit Behinderungen. Wir haben uns für eine Verbesserung der Förderung von Sportstätten eingesetzt. Wir haben erreicht, dass auch Sportstätten, die für den Breitensport genutzt werden, durch den Bund unterstützt werden können. Ebenfalls unserer Initiative ist es zu verdanken, dass Mittel des Konjunkturpakets II auch für Sportstätten genutzt werden können.

Unser Ziel: Wir setzen uns für die Aufnahme des Staatsziels Sport ins Gesetz ein. Wir werden auch in Zukunft entscheiden gegen Doping vorgehen. Wir werden uns für eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Vereine und bürgerschaftlich Engagierte einsetzen.